
Vorsitz: Bundespräsident Etter.

Abwesend: Bundesrat Nobs (Ferien)

Schriftführer: Bundeskanzler Leimgruber und Vizekanzler Weber.

Schluss: 11 Uhr 20.


Bundeskanzlei: Das Verzeichnis der Motionen und Postulate kommt auf den Kanzleiisch.
Neues schweiz. Rechtsbuch, teilweise Anpassung älterer Erlasses.

Ankauf eines Gebäudes für den schweiz. Vertreter in Kopenhagen.

Begnadigungsanträge Ferraresi, Kenk, Neidhart, Iten und Züger.

Militär: Expertenkommissionen für den Zolltarif und die Einfuhrbeschränkungen.

Volkswirtschaft: Wirtschaftsverhandlungen mit Dänemark.
Aufhebung des BRB v. 10,10,41 über Beitragsleistung des Bund an Notstandsarbeiten.

Militär: Vor Behandlung der Geschäfte des Militärdepartementes folgt der Dank des neuen an den abtretenden Bundespräsidenten.

Kleine Anfrage Meier Erlaß vom 12.12.46.


Bericht des Generals.

Seite 27 des bundesratlichen Berichtes.


Herr Stampfl: Bis wann wird die Drucklegung erfolgen und die Zustellung an die Kommissionen?

Herr Kobelt: Ich erwartete offenbar die nächste Woche. Übersetzung sollte bis Ende dieser Woche fertig sein. Spätestens Mitte der nächsten Woche wird der Bericht ausgegeben werden können.


Auf Seite 77 "die militärpolitische Lage" sollte folgender Satz eingeschaltet werden: "Wenn wir auch die finale Hoffnung haben, dass neue Kriege nach den Anstrengungen der Vereinigten Nationen vermieden werden können, so haben wir doch die Pflicht, vom militärischen Standpunkte aus die Eventualitäten ins Auge zu fassen, von denen unser Land bedroht werden könnte."

2. Politische Angelegenheiten.


Finanzieller Kredit für Oesterreich.


Herr Celli: Es handelt sich um die erste Zusammenkunft nach der Konferenz von Chicago, an der 600 Personen teilnehmen werden. Man sollte abklären, ob das Lokal des Völkerbundes gratis zur Verfügung gestellt wird, dass würde die Kosten ermassigen.
Sicher wird die Konferenz viel kosten. Wir zahlen schon für die bloße Mitgliedschaft 250'000 Fr. Verlangt wird von uns nur, dass wir die Organisationskosten bezahlen. Man muss das doch überlegen, ob die Schweiz wegen der Kosten auf ihre internationale Rolle verzichten will.

Herr Steiger: Man sollte noch die Stadt und den Kanton Genf anfragen wegen ihrer allfälligen Beteiligung an der Kostentragung. Wir haben bezüglich des Flugverkehrs ein Interesse daran, nicht ligengelassen zu werden. Solange wir nicht von Genf ein glattes "nein" erhalten, sollten wir nicht absagen.


Man nimmt im Auslande an, dass man die Schweiz schon etwas ausplündern könne. Ueberrall werden unsere Beiträge für internationale Organisationen festgesetzt. Wir sollen für die FAO nicht weniger als 580'000 Fr. bezahlen.

Wenn mit Bezug auf die Luftfahrtskonferenz Genf nicht bereit ist, einen erheblichen Beitrag zu leisten, dann sollte der Bund die Uebernahme der Konferenz ablehnen.

Bundespräsident: Die Meinung würde also dahingehen, mit Stadt und Kanton Genf Verbindung aufzunehmen.

Herr Petitpierre: Genf hat kein grosses Interesse an dieser Konferenz. Es braucht 300 qualifizierte Personen, die spanisch und englisch können und die wir zur Verfügung stellen sollten. Wenn wir zahlen, ist die Schweiz gut genug, um solche Konferenzen durchzuführen. Wir müssen ein Gleichge wicht finden zwischen unseren internationalen Verpflichtungen und unserer finanziellen Lage. Die Kosten werden 200 - 250'000 Fr. betragen.

Herr Celio: In diesem Falle sollten wir feststellen, dass wir das genannte Personal nicht aufbringen. Wir sollten aber vermeiden zu sagen, dass wir aus finanziellen Gründen die Konferenz nicht übernehmen können, da die Schweiz bisher in allen Transportfragen führend war. Wenn die organisatorischen Schwierigkeiten gelöst werden können, bin ich doch dafür, dass wir die Konferenz durchführen.

Herr Petitpierre: Mit Bezug auf die Lokale und das Personal hat man uns gesagt, dass man uns alles zur Verfügung stelle, aber dass wir die Lokale und das Personal zu zahlen haben. Wir würden damit ein Präjudiz schaffen. Obwohl ich mit der Auffassung von Herrn Celio soweit einig gehe, dass wir ein Interesse daran haben, in Transportfragen die Führung zu behalten, glaube ich, dass wir gut aufpassen sollten, bevor wir uns entschlüsseln.
Herr Kobelt: Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Bundes würde ich sagen, wir geben einen Beitrag von Fr. 100'000. Man soll aber auch mit Genf reden.


Herr v. Steiger: Wir könnten schreiben, dass wir bereit sind, den Kongress zu übernehmen und mit Genf zusammen Fr. 250'000 zur Verfügung zu stellen. Dann haben wir den guten Willen gezeigt und um das geht es schliesslich. Am Freitag wollten wir nochmals auf die Angelegenheit zurückkommen.


Diplomatische Beziehungen mit Spanien.


1. Wegen unserer Neutralitätspolitik.


Die Empfehlung der Versammlung der UNO steht im Widerspruch mit den Erklärungen der Charte von San Francisco.


Wenn wir den Gesandten nur zur Information zurückrufen, wird uns das falsch ausgelegt. Die Schweiz ist das 14. Land, das das Regime Frances anerkannt hat. 1934 das erste Land, das nicht zur Achse gehört, aber die andern Staaten sind bald nachgekommen.

Die Linke wird es sicher kritisieren, wenn wir nichts machen. Ich glaube aber, dass die Kritik noch größer würde, wenn wir den Minister zurückrufen würden. Ich bin ein Gegner von Halbmassnahmen.


Deshalb bin ich der Meinung, dass man nichts machen soll.

Ich kann den Antrag noch schriftlich einreichen.


2. Ich glaube, dass die englische und die amerikanische Regierung nicht unlücklich sind, wenn die Schweiz nicht mitmacht. Der ganze Beschluss der Generalversammlung der UNO war ein Kompromiss aus Gründen, die mit Spanien sehr wenig zu tun haben.


Ich habe einen Schweizer getroffen aus Barcelona und ihm gefragt, wie es in Spanien gehe. Die Antwort lautete, wirtschaftlich gehe es nicht gut, politisch sei das spanische Volk noch nie so geschlossen gewesen wie heute.

Es wird beschlossen, den Bericht des Politischen Departementes abzuwarten.


Auch das Volkswirtschaftsdepartement wird in einer späteren Sitzung einen Bericht unterbreiten.

Präsidium des internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Herr Petitpierre: Die Frage der Präsidentschaft ist offen. Man könnte die Präsidenten beanspruchen für Herrn Burkhardt, wenn er ablehnt. In Paris bleibt dann Herr Rüegger in Frage. Ich möchte wissen, ob der Bundesrat mich autorisiert, gewisse Sondierungen in dieser Angelegenheit zu unter-
nehmen? Unsere Neutralität würde dieser wahrscheinlich die beste Empfehlung für einen Kandidaten unseres Landes sein. Der neue Präsident wird viel mit den Oststaaten zu tun haben. Dort ist allerdings Minister Rüegger nicht persona grata.


Herr Petitpierre: Ich habe die Frage bereits mit Herrn und Frau Burkhardt besprochen. Sein Wunsch, im Komitee vom Roten Kreuz mitzumachen, ist nicht mehr so groß wie früher. Er wird aber das machen, was der Bundesrat von ihm wünscht. Er wird auf keinen Fall von Frau Burkhardt in dieser Frage unterstützt.

Was Herr Rüegger abbelangt, so kenne ich seine Wünsche. Ich habe mit ihm gesprochen, er glaubt aber, dass er seit Einführung der Republik nicht mehr so gut nach Rom passe.

Bundespräsident: Wir geben Herrn Petitpierre Vollmacht, mit diesen beiden Persönlichkeiten zu unterhandeln.

---

3. Umfrage.

Briefentwurf an den Regierungsrat des Kantons Graubünden.


Den weiteren Vorschlag, dass man schon im Briefe eine Einladung an die Gemeinde, nach Bern zu kommen, ergehen lässt, trägt man dadurch Rechnung, dass man sagt, dass der Bundesrat mit den Gemeinden Kontakt nehmen wolle.

Herr v. Steiger: Man muss dann in diesem Briefe das "Sie" überall ergänzen durch die alte Form "Euch".


Beschluss: Den Abänderungswünschen wird Rechnung getragen.

Gouverneur von Triest, General Guisan.

Herr Celio: Ich möchte wissen, ob das Gerade über General Guisan als Gouverneur von Triest nur ein Geschwätz ist, oder ob es dahinter steckt.


Jahresbericht der schweizerischen Gesandtschaft in der Tschechoslowakei.